

Die politische Mediation



Wissensmanagement » Diese Seite wird im [Archiv](#) hinterlegt. Weil sie eine Mediation betrifft, ergibt sich eine logische Zuordnung zur [Mediationsdatenbank](#) unterhalb der [Enzyklopädie](#) und zum 3. Buchabschnitt [Mediation](#) des [Fachbuchs Mediation](#).

[Mediation](#) politische-Mediation [Politik und Mediation](#) [Politikmediation](#) [Eintrag](#) [Suche](#) [Politikforum](#)

Politische Mediation ist ein Verfahren der Konfliktvermittlung auf politischer oder gesellschaftlicher Ebene. Es kann zwischen Staaten, Gruppen, Organisationen oder auch innerhalb von Gesellschaften stattfinden. Sie wird insbesondere bei politischen, gesellschaftlichen oder internationalen Konflikten eingesetzt, bei denen Machtverhältnisse, Interessen und öffentliche Meinungen eine zentrale Rolle spielen. Die politische Mediation unterscheidet sich von der Politikmediation, indem das Anwendungsfeld nicht die Politik selbst ist, also das Herbeiführen einer politischen Entscheidung, sondern die Mediation eingesetzt wird, um politische Ziele zu verfolgen.

Die notwendigen Abgrenzungen

Um die politische Mediation korrekt einzuordnen, sind Abgrenzungen zu verwandten Verfahren und Erscheinungen in der Welt der Mediation vorzunehmen. Die erste, grobe Unterscheidung betrifft die Politikmediation und die Mediationspolitik. Sie wird mit der nachfolgenden Tabelle vorgestellt.

Politik und Mediation

Die Politik wirkt sich auf die Mediation aus, so wie die Mediation zwangsläufig Auswirkungen auf die Politik hat. Um die gegenseitige Beeinflussung zu verstehen, sind folgende Verwendungen zu unterscheiden:

Politikmediation

Es geht um die Verwendung der Mediation in der Politik, indem die Mediation zur Klärung politischer Fragen oder in politischen Entscheidungsprozessen eingesetzt wird.

Politische Mediation

Es geht um die Instrumentalisierung der Mediation für die Politik (politische Ziele)

Mediationspolitik

Es geht um die Frage, wie die Mediation die Politik fördern kann

[Politikmediation](#)

Politische Mediation

[Mediationspolitik](#)

Politisch veranlasste Mediationen kommen u. a. in Friedensprozessen vor, bei gesellschaftlichen Transformationsprozessen oder bei Antidiskriminierungsverfahren. Eine Abfrage bei ChatGPT fasste u.a. das Mediationsverfahren zum Ausbau des Frankfurter Flughafens, Stuttgart 21 und Mediationen bei umstrittenen Infrastrukturprojekten unter den Begriff. In der hier verwendeten Konnotation ist keines der Beispiele eine politische Mediation, wenn überhaupt eine Mediation. Die Ungenauigkeit zeigt den Klärungsbedarf und weist auf notwendige Abgrenzungen hin:

Begriff	Kurzdefinition	Abgrenzung
Politische Mediation	Allgemeiner Oberbegriff für Mediation in politischen oder gesellschaftlichen Kontexten, national oder international, mit einer politischen Zielsetzung.	Umfasst Elemente der anderen Begriffe. Wird oft als Sammelbezeichnung genutzt, z. B. für Mediation bei sozialen Protesten, in Kommunalpolitik, interkulturellen Konflikten oder Transformationsprozessen.
Politikmediation	Mediation innerhalb der formellen politischen Sphäre, z. B. zwischen Parteien, Parlamenten, Ministerien, Verwaltungen.	Fokus liegt auf Institutionen der repräsentativen Demokratie; unterscheidet sich von politischer Mediation durch stärkeren Bezug zur staatlichen Struktur und politischen Entscheidungsprozessen.
Friedensmediation	Vermittlung in bewaffneten Konflikten oder an der Schwelle dazu, oft zwischen Staaten, Rebellengruppen oder Ethnien. Ziel: Friedensabkommen, Gewaltverzicht, politische Transformation.	Gehört zur politischen Mediation, ist aber klar auf Kriegs- und Gewaltkonflikte bezogen; arbeitet oft unter Schirmherrschaft von UN, EU oder NGOs.
Multi-Track-Diplomacy	Konzept aus der Friedens- und Konfliktforschung: Verschiedene „Ebenen“ (Tracks) von Akteuren wirken parallel oder komplementär auf Konfliktlösung hin (z. B. Staaten, NGOs, Kirchen, Unternehmen, Zivilgesellschaft).	Kein Mediationstyp an sich, sondern ein strategischer Rahmen, in dem Mediation eine Rolle spielen kann (vor allem auf Track II oder III).
Positionierte Mediation (auch: „parteiliche Mediation“)	Mediation mit klarer normativer oder politischer Haltung, z. B. in Antidiskriminierungsarbeit, Restorative Justice, feministische Mediation. Ziel: Empowerment und Anerkennung von Machtasymmetrien.	Im Gegensatz zur „neutralen Mediation“ gibt die Mediator*in die Neutralität auf, um strukturelle Ungleichheiten explizit zu adressieren. Wird in kritischen Praxisansätzen bewusst eingesetzt.
Gender-responsive Mediation (GRM)	Ein Mediationsansatz, der systematisch Geschlechterasymmetrien erkennt und aktiv bearbeitet – auf struktureller, prozessualer und inhaltlicher Ebene. Ziel: inklusive und gerechte Konfliktlösung.	Kein eigenständiger Mediationstyp, sondern eine methodische & ethische Ausrichtung, die sich quer durch Friedens-, politische oder positionierte Mediation zieht. Wird oft mit der UN-Agenda „Women, Peace and Security“ (UNSCR 1325) verbunden.
Umweltmediation (Mediation im öff. Bereich)	Die Mediation im öffentlichen Bereich kann weit gefasst werden. Meist betrifft sie den Gegenstand der Verfahren, in denen das öffentliche Recht zur Anwendung kommt.	Meist Großmediationen mit vielen Beteiligten.

Die systematische Einordnung

Die politische Mediation verfolgt einen politischen Zweck, der über den Zweck der bloßen Konfliktbeilegung hinaus geht. So unterscheidet sie sich auch von den Anwendungsfeldern, wo es lediglich darum geht, eine Entscheidung zu finden, ohne das politische Bewusstsein verändern zu wollen. Auch wenn die Ausbildung eines politischen Bewusstseins, beispielsweise bei Fragen der Gleichberechtigung, als ein weiterer Aspekt der Konfliktbeilegung hinzukommt, heißt das noch lange nicht, dass die politisch gewollte Mediation dadurch ein eigenständiges Konzept oder ein weiteres Mediationsmodell erfordert. Wenn es um die Suche nach einer Lösung geht, begegnen die Parteien

auch in einer "ganz normalen" Mediation solch grundlegenden Themen, die allerdings unter einer offen angesagten oder stillschweigend angenommenen, nicht ohne Weiteres vorgegebenen **Zielvorgabe** stehen. Folgende Fälle sind zu unterscheiden:

Beispiel 17031 - Mediation wird eingesetzt, um die Streitkultur zu verbessern. Das ist ein politisches Konzept, das die Implementierung der Mediation betrifft, also die Frage, wie die Mediation zu verbreiten ist. Sie soll dazu beitragen, dass Parteien lernen, Konflikte auch anders zu lösen. Wenn davon ausgegangen wird, dass sich die Streitkultur durch diesen Lerneffekt mit der Verbreitung der Mediation verbessert, fällt diese Aufgabenstellung unter die Mediationspolitik.

Beispiel 17032 - Mediation wird eingesetzt, um ein bestimmtes Gedankengut (z.B. die Verwerflichkeit der Diskriminierung) zu verbreiten. Wenn davon auszugehen ist, dass die mit der Verbreitung des Gedankenguts einhergehenden Überlegungen sonst bei der Lösungssuche nicht aufkämen, handelt es sich um eine instrumentalisierte Mediation.

Lediglich im letzteren Fall werden Vorgaben mit einem thematischen Bezug und inhaltlichen Vorgaben gemacht, die sich auf die Ausgestaltung der Mediation auswirken können und sich von ihrem normalen Verlauf unterscheiden. Wo politische Vorgaben angebracht werden, wird offenbar nicht darauf vertraut, dass die Mediation per se das aus einem Erkenntnisprozess resultierende, "richtige" Ergebnis herbeiführt und die Werte unterstützt, die dazu beitragen. Weil manipulative Vorgaben, wie noch zu erläutern sein wird, keine substantiellen Einflüsse auf die Herangehensweise der Mediation nehmen, verändern sie lediglich das Format, also die Anwendungsbedingungen.

Zur Zweckausrichtung in der Mediation

Dass die Mediation in totalitären Staaten begrenzt und kontrolliert wird, hat spätestens die KI-Recherche bei DeepSeek ergeben.¹ Dass die Mediation ein freies Denken ermöglicht, löst dort zumindest unter den Mediatoren Begeisterung aus.² Natürlich kennt auch die unpolitische Mediation einschränkende Vorgaben, die das Ergebnis beeinflussen.

Beispiel 17033 - Bei dem hoch eskalierten Familienkonflikt geht es um zwei Themenkreise. Einer ist der Umgang mit dem Kind und das Sorgerecht, der andere ist der Ehegattenunterhalt und der Zugewinnausgleich. Der anwaltlich vertretene und wirtschaftlich unabhängige, aggressiv auftretende Ehemann stimmt der Mediation nur zu, wenn sie sich auf die Kindschaftssachen begrenzt. Die Mediation war mit dieser Einschränkung zustande gekommen.

In dem Beispielsfall führt die Mediation zwar zu Einschränkungen, die das Ergebnis beeinflussen. Es ist auch fraglich, ob der Konflikt, bei dem die finanzielle Ausstattung der Mutter eine wichtige Rolle spielt, mit der Beschränkung beigelegt werden kann. Die Vorgabe ist allerdings transparent gemacht worden. Der Mediator hatte die Gelegenheit, auf die Konsequenzen und ein unvollständiges Ergebnis hinzuweisen. Er hat sogar im Laufe der Mediation die Möglichkeit, den Geist der Parteien zu öffnen, um den gesamten Konflikt anzusprechen.

Beispiel 17034 - In der zweiten Phase trägt die Ehefrau natürlich ihre Geldthemen vor. Als der Mediator sie auf dem Flipchart notieren will, versucht der Ehemann und sein präsenter Anwalt dies zu verhindern. Das Thema sei nicht vereinbart worden. Die Mediation solle sich nur auf die Kindschaftssachen beziehen. Der Mediator erläutert, dass er den Konflikt kennen möchte, wozu dieses Thema ganz offensichtlich gehört, weil es eine seiner Ausprägungen ist. Worüber dann gesprochen wird, sei eine ganz andere Frage. Auch mag der thematische Ausschluss überdacht werden, wenn sich seine Relevanz für die Konfliktbeilegung herausstellt. Die finanziellen Fragen wurden im weiteren Verlauf der Mediation zum Schwerpunktthema.

Die politische Mediation unterscheidet sich insoweit, dass nicht nur ein Thema, sondern eine Sichtweise vorgegeben wird. Sie könnte z.B. darin bestehen, dass der Mutter eine bestimmte Rolle vorgeschrieben wird, die sich im Ergebnis wiederfinden lassen muss.

Die Problematik beginnt mit der Frage, ob die Vorgabe offengelegt wird. Die Offenlegung riskiert die Ablehnung der Mediation. Würde sich jemand, der andere Menschen diskriminiert, auf eine Mediation einlassen, wo Diskriminierung nicht nur untersagt, sondern auch überwunden werden soll? Was würde geschehen, wenn der Auftrag nicht offiziell, sondern verdeckt erteilt wird, etwa indem der Mediator sein eigenes Wertekonzept oder seine politische Auffassung abrufen will, weil er die Diskriminierung mitemleben muss? Soll, muss oder darf er einschreiten? Die Frage wird häufig gestellt. Es ist allerdings keine spezifisch politische Frage. Sie kommt auch in anderen Mediationen vor: etwa in Familienmedationen, wo der Verdacht aufkommt, dass das Kind gefährdet wird. Indem **§4 Mediationsgesetz** die

Verschwiegenheit für derartige Fälle aussetzt, zeigt das Gesetz, dass der Mediator nicht tatenlos zusehen muss. Zwar wird der Mediator von der ethischen und fachlichen Auseinandersetzung des Einschreitens nicht befreit. Wenn er einschreitet, bewegt er sich allerdings im politisch, gesellschaftlich und rechtlich vorgegebenen Rahmen. Niemand käme also auf die Idee, deshalb von einer politischen Mediation zu sprechen. Um den Unterschied zu verdeutlichen, soll das nachfolgende Beispiel die Herausforderung der politischen Mediation aufzeigen:

Beispiel 17035 - Für uns erscheint es selbstverständlich, wenn die Gleichberechtigung der Frau eine Wertvorstellung ist, die das Ergebnis der Mediation prägen soll. Wie aber fühlt es sich in dieser Kultur an, wenn der Mediator den Auftrag bekäme, die Unterdrückung der Frau sicherzustellen?

Die Frage, was ein Mediator zu tun hat, wenn der Auftrag seinem eigenen Wertesystem zuwider ist, kommt der Problematik der politischen Mediation nahe. Die Antwort findet sich in der Mediation. Sie ergibt sich aus seiner Rolle und dem zugrunde liegenden **Mediationsverständnis**. Sie lässt sich aus den allgemeinen Regeln der Mediation herleiten. Als Faustregel mag gelten:

Merke

Leitsatz 17036 - Unter Anwendung der kognitiven Mediationstheorie werden die Grenzen der Mediation immer erreicht, wo eine Reflexion verhindert und ein Denken vereitelt wird.

Chancen und Risiken der politischen Mediation

Eigentlich geht es um die Chancen und Risiken der Mediation mit einem politischen Hintergrund. Ihr kann es durchaus gelingen, einen konstruktiven Dialog zwischen Konfliktparteien zu ermöglichen, um gewaltfreie Lösungen zu finden. Problematisch wird die politische Ausrichtung erst, wenn sie zu dem Zweck eingesetzt wird, um Diskussionen in ideologisch „erwünschte“ Bahnen zu lenken oder um den Parteien politisch oktroyierte Narrative aufzuzwängen. Ganz abgesehen davon, dass eine Mediation weder eine Diskussion noch eine Propagandaveranstaltung ist, verliert sie den reflektiven Charakter eines Verstehensprozesses, wenn sie den Parteien die ideologisch erwünschte Linie aufzwingt. Die Mediation oder genauer gesagt der Mediator muss auch damit zurecht kommen, dass die Parteien eine andere Ideologie verfolgen und andere Werte leben wollen. Die Diskussion in der **positionierten Mediation**, wonach sich der Mediator zu positionieren hat, um die Parteien von ihrem unmenschlichen Irrwegen abzubringen, ist bedenklich und völlig überflüssig. Die Auseinandersetzung mit der Frage führt in die stoische Mediation und zu den radikalen Lehren von Epiktet. Er sagt:

Die einzige Person, die du "bessern" kannst und musst, bist du selbst. Alles andere ist Hybris. Doch durch deine eigene Transformation wirst du unwillkürlich zum Katalysator für andere ohne zu belehren.

Die Aufgabe des Mediators besteht darin, das zur Bewältigung des Konfliktes erforderliche Verstehen zu vermitteln und alle Zusammenhänge zu begreifen, damit *die Parteien* darauf basierend, die passende Entscheidung zur Beilegung ihres Konfliktes treffen. Die Läuterung ergibt sich daraus. Falls dies nicht möglich ist, bestehen zumindest keine fachlichen Bedenken, die Mediation abzulehnen oder als das zu bezeichnen, was sie ist. Alles andere macht die Mediation zu einer false flag Aktionen, wo sie etwa zum **Whitewashing** missbraucht wird oder vorgeschoben wird, um ein Alibi für verfahrensfremde Ziele abzuliefern. Wo nach außen Dialogbereitschaft gezeigt werden soll, ohne sich wirklich auf den Dialog einzulassen, wo die Mediation als PR-Instrument eingesetzt wird, ohne tatsächliche Veränderungsbereitschaft oder wo sie als Instrument zur Steuerung ideologischer Narrative missbraucht wird. Die Mediation hat das nicht nötig.

Die graduelle Anpassung der Metaebene

In kaum einem anderen Fall werden höhere Ansprüche an die Haltung des Mediators und die Anforderungen an die Metaebene gestellt als bei der politischen Mediation, der interkulturellen Mediation oder der Mediation im Strafrecht. Es ist eine Frage des Mediationsverständnisses, wo die Reflexionsebene anzusetzen ist, insbesondere, ob sie sich aus einem Wertesystem befreien darf oder gegebenenfalls sogar muss. Das zugrunde liegende Mediationsverständnis entscheidet. Geht es um die Belehrung, die Positionierung oder die gezielte Änderung des zugrunde liegenden Narrativs oder geht es um die Erlangung von Erkenntnis. Wenn Sie dem Konzept der kognitiven Mediationstheorie folgen, ist die Antwort eindeutig. Es geht um die Erkenntnis. Sie verlangt eine Abstraktion, die so weitgehend ist, dass eine unbeeinträchtigte Reflexion des eigenen Verhaltens und der eigenen Sichtweise, auch der des Mediators, möglich ist.³

Wenn wir beispielsweise davon ausgehen, dass die Mediation in einer Kultur stattfindet, in der die Diskriminierung einer Minderheit auf soziale und moralische Ablehnung stößt, kann sie in einer anderen Kultur durchaus gebilligt sein. Es kann sogar passieren, dass sie verboten ist aber dennoch gebilligt wird. Die Frage, was eine Diskriminierung ist, kann von Land zu Land und von Kultur zu Kultur abweichen. Damit die Mediation eine Brücke bilden kann, muss sie herausfinden, wo sich beide Ufer miteinander verbinden lassen. Sie muss also eine Ebene einnehmen, die beiden Kulturen oder Wertevorstellungen zugrunde liegt und mit der sich beide Seiten in Frage stellen lassen. Es kommt darauf an, die Auseinandersetzung zu ermöglichen. Ähnlich wie beim Erbrecht, wo es auf die vermittelnde Geburt ankommt, um den Verwandtschaftsgrad zu bestimmen, kommt es jetzt auf die vermittelnde gedankliche Ebene an, die beide Sichten verbindet und die beide Seiten vereinnahmen kann. Damit wird die **symmetrische Metaebene** angesprochen. Sie ist darauf angelegt, asymmetrische Machtverhältnisse oder kulturelle Einseitigkeiten zu vermeiden. Die über dem Konflikt liegende, symmetrische Metaebene ist im Zweifel das Menschenrecht oder das Menschsein schlechthin. Die Metaebene muss ein Gedankenspiel erlauben, um Zweifel zu wecken und Ansichten zu hinterfragen. Es ist nicht die Aufgabe der Metaebene zu bewerten. Wohl aber den Parteien eine Bewertung zu ermöglichen.

Die Auseinandersetzung mit diskriminierenden, kriminellen oder sonstigen Konzepten, die eigenen Wertvorstellungen widersprechenden und gegebenenfalls sogar propagandistisch verfälscht sind⁴ oder auf Verschwörungstheorien basieren, machen fordern die Mediation heraus. Sie machen aus ihr jedoch keine dunkle Mediation.⁵ Die Befassung mit den zugrunde liegenden Gedanken, Gefühlen und Bedürfnissen mag sehr schwer fallen. Es sind aber nur Gedanken. Keinesfalls bedeuten sie Zustimmung oder eine das Ergebnis vorwegnehmende Unterstützung.

In den Stationen der Mediation mass das Gedankenspiel, das hauptsächlich in der **3. Phase** vorkommt, von der Lösungsmanifestation in der **5. Phase** unterschieden werden. In Deutschland würde ein diskriminierendes Ergebnis gegebenenfalls gegen das Antidiskriminierungsgesetz verstoßen und verboten sein.⁶

[Alles über die Metaebene in der Mediation](#)

Die Vorgehensweise der politischen Mediation

Wer der Mediation vertraut, der weiß, dass sie zum passenden und als gerecht empfundenen Ergebnis führt. Es genügt, ihre Regeln anzuwenden.⁷ Das gelingt, wenn die Mediation in einer **Sphäre** organisiert wird, die offene Gespräche ermöglicht und sicherstellt, dass eine Metaebene existiert. Der Mediator personifiziert die Metaebene. Er muss dafür sorgen, dass die Parteien auf gleicher Augenhöhe verhandeln und Themen offen ansprechen können, auch dann, wenn das, was sie sagen wollen, politisch nicht korrekt ist. Wenn es ein übergeordnetes, staatliches oder ideologisches Interesse am Ausgang des Verfahrens gibt, das über die Parteiinteressen hinausgeht, kommt es entscheidend darauf an, den politischen Zweck und das übergeordnete Ziel zu offenbaren, wenn der Prozess den Namen *Mediation* verdienen soll. Mediation ist die Suche nach einer Lösung, auch einer, die sich selbst in Frage stellt. Sie ist nicht deren Durchsetzung. Um den Weg in die Lösung zu finden, bedarf es einer ausführlichen **Konfliktanalyse**. Sie muss Einflüsse aufdecken und meinungsbildende Strukturen hinterfragen. Die Fälle der **Gender-responsive Mediation** oder der **Positionierten Mediation** gehen tiefer auf die Problematik der Mediatorenrolle und auf den Prinzipienkonflikt ein.

Die juristische Festlegung

Die Durchführung einer Mediation unterliegt dem Mediationsrecht und dem Recht des Staates, in dem sie ausgeführt wird. Das Recht bildet nicht nur in unserer Kultur die vorgegebene Grenze der mediativen Entscheidungsfreiheit aus. Ein Ergebnis, das strafbar oder sittenwidrig ist, wird nicht akzeptiert. Eine Mediation wird nicht akzeptiert, wenn sie sich auf dieses Ergebnis verdichtet.⁸ Soll eine Mediation durchgeführt werden, die sich nicht an die üblichen Regeln der Kunst halten soll, bedarf sie einer legitimierenden Vereinbarung. Nach der hier vertretenen Auffassung sind narrative Vorgaben nur regelkonform, wenn sie in den Prozess eingefügt werden. Im Übrigen unterstellt das Recht, dass die Mediation rechtskonform ausgeübt wird und dass ein rechtskonformes Ergebnis zustande kommt. Natürlich hat der Mediator die Möglichkeit und mitunter auch die Pflicht, auf die Wirksamkeitsbedenken hinzuweisen. Damit lösen sich zumindest in unserem Kulturkreis die mit der **positionierten Mediation** angesprochenen Bekenntnisprobleme des Mediators.

[Mediationsvertrag Zielvorgaben festlegen](#)

Bedeutung für die Mediation

Wenn davon ausgegangen wird, dass die Mediation sich nicht für Manipulationen hergibt, kommt es der Bedeutung einer politischen Mediation am nächsten, wenn darunter alle Mediationen verstanden werden, die in einem politischen Interesse ausgeführt werden. Wie das möglich ist, mag die gerade aufgekommen der Nachricht veranschaulichen. Sie besagt, dass die Zahl politisch motivierten Straftaten massiv gestiegen sei. Es wird ein Aktionsplan gefordert.⁹ Die Mediation könnte durchaus eine Option zur Integration sein. Schon die Tatsache, dass sie stattfindet, stellt einen Schritt zur Integration dar. Problematisch wäre die flächendeckende Anwendung, die Täter und Opfer an einen Tisch

bringt. Die Verhandlungen müssten wie bei der Friedensmediation auf mehreren Ebenen installiert werden. Dass es möglich ist, eine Verständigung zwischen Kriminellen und der Bevölkerung herbeizuführen, belegen die [restorative Circles](#). Sobald der gedankliche Prozess im Sinne der [kognitiven Mediationstheorie](#) in Gang gebracht wurde, kann grundsätzlich davon ausgegangen werden, dass die Mediation die Werte herausarbeitet, die den Frieden gewährleisten. Einer narrativen Vorgabe bedarf es nicht. Es kommt lediglich darauf an, ob es gelingt, die Werte, auch die eigenen, in Frage zu stellen und den gemeinsamen Nutzen herauszuarbeiten. Wenn weder der Mediation noch den zu verteidigenden Werten vertraut wird, sodass narrative Vorgaben für erforderlich gehalten werden, sollte der Prozess nicht als Mediation bezeichnet werden. Die Mediation löst einen Lerneffekt im Sinne einer politischen Bildung bei den Parteien aus. Mit den Bemühungen, die Mediation zu bewerben, fließen Erkenntnisse auch in das Umfeld hinein. Hier könnte allerdings eine politische Bildung erforderlich werden, um die Einsicht für die Notwendigkeit einer Mediation überhaupt erst herbeizuführen.

Politik Mediation

Hinweise und Fußnoten

Bitte beachten Sie die [Zitier](#) - und [Lizenzbestimmungen](#)

Bearbeitungsstand: 2025-06-02 04:02 / Version .

Alias: [politische Mediation](#)

Siehe auch: [Friedensmediation](#), [Zielvorgaben](#)

Prüfvermerk: -

Weitere Beiträge zu dem Thema mit gleichen Schlagworten

1 Siehe [Mediation in totalitären Staaten](#)

2 So die Seminarerfahrung des Autors bei Mediatoren in Autokratien.

3 Siehe dazu auch die Podcastepisode 6 "Das Haltungsthema" auf [Mediationsphilosophen](#)

4 Siehe [Propaganda](#)

5 Siehe [gibt es eine Dunkle Mediation](#)

6 Siehe [Antidiskriminierungsstelle \(das deutsche Antidiskriminierungsgesetz\)](#) - 2000-01-01

7 Siehe [Grundsätze und Kunstregeln](#)

8 Siehe [Mediationsverbot](#)

9 Siehe [Zahl politisch motivierter Straftaten massiv gestiegen](#)